

Gesundheit geht vor Datenschutz

VON ANTJE HÖNING

Gut 60 Prozent der Bevölkerung sind geimpft. Zu Beginn der Pandemie glaubte man, damit Herdenimmunität erreichen und das Virus stoppen zu können. Doch es ist zäh, wegen der Delta-Variante müsste die Impfquote nun bei 85 Prozent liegen. Die Gesellschaft muss also noch lange mit Corona leben. Damit Betriebe den neuen Pandemie-Alltag besser organisieren können, fordern sie eine Auskunftspflicht zum Impfstatus der Mitarbeiter. Persönlichkeitsschutz ist zwar ein hohes Gut, die Latte zur Abfrage von Gesundheitsdaten liegt für Arbeitgeber aus gutem Grund hoch. Doch auch Gesundheitsschutz ist ein wertvolles Gut. Und dazu gehört es, geimpfte Mitarbeiter vor ungeimpften Kollegen zu schützen. Die Güterabwägung ist eindeutig, die Koalition sollte rasch eine Auskunftspflicht schaffen.

Denn sie ist erstens keine Impfpflicht durch die Hintertür. Die Entscheidung, sich impfen zu lassen, ist und bleibt frei. Aber wer sich nicht impfen lassen möchte, muss mit den Konsequenzen leben. Das fängt im Betrieb an und hört im Fußballstadion auf. Die Auskunftspflicht ist zweitens nur konsequent. Wenn es um Urlaub und Freizeit geht, sind alle gerne bereit, ihren Impfpass zu zücken. Hier gilt er als Ticket in die Freiheit, gegenüber dem Arbeitgeber aber soll er als Verschlussache behandelt werden. Das passt nicht zusammen. Die Auskunftspflicht ist drittens solidarisch. Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet der Gewerkschaftsbund sie ablehnt. Die Neuinfektionen unter Kindern sind dramatisch hoch. Und anders als die meisten Arbeitnehmer können sich Kinder unter zwölf noch nicht impfen lassen. Es ist die Verantwortung der Erwachsenen, sich zu immunisieren, mindestens aber in Betrieben die Verbreitung des Virus zu verhindern. Dazu gehört es auch, die Karten auf den Tisch zu legen – zum Schutz der Schwächsten.

BERICHT DER CHEF WILL'S WISSEN, TITELSEITE

Der Fußball spielt weiter Monopoly

VON STEFAN KLÜTTERMANN

Als die schnöden Zahlen am letzten Tag der sommerlichen Transferperiode Überhand zu nehmen drohten, goss der Fußball schnell ein bisschen Romantik nach. Superstar Cristiano Ronaldo machte seine Rückkehr zu Manchester United perfekt und ließ in den sozialen Medien alle wissen: „Ich bin genau hier! Ich bin wieder da, wo ich hingehöre! Sir Alex, das ist für dich ...“ Wem angesichts dieser Hommage an Trainerlegende Sir Alex Ferguson und generell so viel Emotionen die Gänsehaut dennoch versagt, der muss wahrscheinlich daran denken, dass Ronaldo auch in Manchester nicht für eine Aufwandsentschädigung spielen wird und er ja 2009 nicht den zig Millionen Euro hätte folgen müssen, die ihm Real Madrid für einen Wechsel zahlte.

Und so kann auch das rührende Beispiel Cristiano Ronaldos nicht darüber hinwegtäuschen, dass Europas Spitzenfußball trotz Corona in seinem Monopoly-Spiel die Schlossallee weiter ausbaut. Paris St. Germain fügte unlängst Lionel Messi seiner Weltauswahl zu, Manchester City bezahlte 118 Millionen Euro für Jack Grealish, Real Madrid bot zuletzt sogar fast 200 Millionen Euro für den Franzosen Kylian Mbappé, der ein Jahr später ablösefrei zu haben wäre. Als die Super League im Frühjahr binnen weniger Tage wieder einging, starb nur der Name. Die Idee ist längst Realität.

Die Bundesliga hielt sich in Sachen Transferwahnsinn da fast schon wohltuend zurück. Wobei man sich fragen muss, was der Meister FC Bayern für ein desillusionierendes Zeichen an den nationalen Wettbewerb sendet, wenn er vom Vizemeister RB Leipzig Trainer, Abwehrchef und Kapitän loseist. Corona hat dem Fußball finanziell in vielerlei Hinsicht geschadet, allein in Europas Spitze machen sie weiter, als habe es die Pandemie nie gegeben. Die Super League ist auf der Schlossallee längst zu Hause.

BERICHT SCHLUSSVERKAUF AUF DEM FUSSBALLMARKT, SPORT

Impressum RP



AM LÄNGEREN HEBEL

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Ob Migrationswellen, Hochwasser, Pandemien oder Militäreinsätze - die Politik gibt sich oft völlig überrascht, wenn die Dinge schief laufen. Das ist eine Ausrede. Denn viele Gefahren waren längst bekannt.

Vorsorgen lohnt sich nicht

VON MARTIN KESSLER

Das harte politische Geschäft ist von demokratischen Idealen oft weit entfernt. Wenn Minister oder Regierungschefs von Gestaltung, Zukunft oder großen Zielen sprechen, geht es ihnen in Wirklichkeit oft nur darum, die nächsten Wahlen in vier oder fünf Jahren zu gewinnen. Nur das zählt. Deshalb bleibt für Reformen und ausgereifte Konzepte meist nicht viel Zeit, am Ende will niemand wichtige Wählergruppen verprellen.

Für die jüngsten Katastrophen wie Corona, Hochwasser oder jetzt die verheerende Niederlage in Afghanistan gilt das nicht. Sie kratzen direkt am Image der Politiker – gerade wenn sie vor wichtigen Wahlen stehen. Warum sind sie trotzdem so wenig auf solche Ereignisse vorbereitet? Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete immerhin die Corona-Pandemie als größte Krise der Nachkriegszeit. Dass Hochwasserfluten kleine Rinnale in reißende Ströme verwandeln könnten, habe niemand so vorhergesehen, sagten Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet und sein Innenminister Herbert Reul. Und im Fall Afghanistan räumte ein fast hilfloser Bundesaußenminister Heiko Maas ein, dass er den schnellen Vormarsch der Taliban so nicht vermutet hätte.

Wo bleiben aber all die Expertisen der gut ausgebildeten und mit ausreichend Steuermitteln versehenen Institutionen und Behörden? Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hatte eine minutöse Simulation für den Fall einer Pandemie mit einem unbekanntem Erreger durchgeführt. Bundesnachrichtendienst, US-Geheimdienste und eine Vielzahl politischer Institute, sogenannte Thinktanks, kennen die explosive Lage am Hindukusch ziemlich genau und haben die Politik

immer wieder vor der Stärke der Taliban gewarnt. Das nordrhein-westfälische Innenministerium hatte einen Krisenstab und genaue Telefonketten für den Fall unerwarteter Naturereignisse. Doch alle diese Frühwarnsysteme wurden nicht ausreichend gepflegt, die schnelllebige Politik und ihre Entscheidungsträger schenken im Alltagsgeschäft den komplizierten Vorsichtsmaßnahmen kaum Beachtung und wollten lieber auf anderen Feldern mit neuen Ideen glänzen und beim Wahlvolk punkten. „Solange die Bedrohung abstrakt ist, kann man keine Popularität gewinnen, wenn man sich um die Vorbereitung auf eine oder gar die ganze Palette möglicher Eventualitäten kümmert“, meint der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Apolte, der an der Universität Münster Politische Ökonomie lehrt.

„Solange die Bedrohung abstrakt ist, kann man keine Popularität gewinnen“

Thomas Apolte
Professor für Politische Ökonomie

Selbst die für ihre Kontinuität und bisweilen langweilige Regierungsführung bekannte Kanzlerin hat in gefährlichen Situationen zwar beherzt, aber auch ziemlich unvorbereitet reagiert. In der Finanzkrise hatte sie mit Peer Steinbrück einen Finanzminister an ihrer Seite, mit dem sie eine weitreichende Garantie für die Spareinlagen glaubwürdig vermitteln konnte. Gleichzeitig waren weder die Europäische Zentralbank noch die Finanzdienstleistungsaufsicht über die riskanten Geschäfte selbst wichtiger deutscher Banken auch nur ansatzweise informiert. Vor der Schuldenkrise konnte Griechenland jahrelang seine maroden Finanzen kaschieren, ohne dass die Europäische Union eingegriffen hätte.

Es wäre ungerecht, nur bei den Regierenden die Schuld zu suchen. Denn egal ob im Bund, auf Landesebene oder in Kommunen – die Politiker müssen der Logik der Stimmenmaximierung folgen, um im Amt zu bleiben. Das führt in der Regel auch zu brauchbaren Ergebnis-

INFO

Diese Probleme wurden gelöst

Ozonloch Die Fluorkohlenwasserstoffe, die in Kühlschränken, Löschmitteln oder Haarsprays zum Einsatz kamen, zerstörten die Ozonschicht der Stratosphäre über dem Südpol. Die hält das schädliche UV-Licht von der Erde ab. Auf das von Wissenschaftlern entdeckte Ozonloch reagierten die Länder mit dem Montreal-Abkommen 1987. Seit 2000 wurden keine FCKW-Mittel mehr hergestellt. Das Ozonloch kann sich nun langsam wieder schließen.

Atomsprengeköpfe Nach dem Ende des Kalten Kriegs rüsteten die USA und Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion massiv ihre Nuklearwaffen ab – von 64.000 auf nunmehr 12.200 Atomsprengeköpfe. Zudem gelang es, die in die Atomprogramme eingeweihten Wissenschaftler weitgehend von autoritären Regimen mit nuklearen Ambitionen fernzuhalten.

Millennium-Fehler Bis zur Jahrtausendwende verwendeten alle Computer aus Kapazitätsgründen nur zwei- statt vierstellige Jahresdaten. Viele Experten befürchteten deshalb einen Computer-Gau am 1. Januar 2000. Das Problem wurde aber rechtzeitig erkannt, der Jahreswechsel verlief ohne Einschränkungen.



Hochwasserschäden in Gemünd in der Eifel Ende Juni. FOTO: DPA

sen, wenn es zwischen verschiedenen Interessengruppen, als deren Anwälte sich Politiker sehen, zu einem Ausgleich kommt. Aber wehe, wenn es um wirkliche Zukunftsfragen wie Überalterung, Migration, Klimapolitik oder Katastrophenvorsorge geht. Das würde zu viele Ressourcen im Kampf um die Stimmen binden.

Eine langfristige Afghanistan-Strategie etwa ist kompliziert, kostenintensiv und kann kaum einem desinteressierten Publikum als wichtig verkauft werden, solange die Hütte dort nicht brennt. Ähnlich beim Hochwasser- und Gesundheitsschutz: Jahrelang wurden die Abteilungen in den jeweiligen Ministerien und die Ämter in den Kommunen kleingehalten. Eine Vorsorge war teuer und zahlte sich nicht direkt in Wählerstimmen aus. Das Risiko wurde deshalb systematisch unterbewertet.

Doch es gibt auch Hoffnungswerte. Immerhin haben Krisen in der Vergangenheit bewirkt, dass Systeme umgebaut wurden. In der Bankenwelt nahm plötzlich die Stabilität des Finanzsystems die gleiche Wichtigkeit ein wie die Sicherung der Währung. Im Kampf gegen den Terror wurden ganze Flughäfen umgebaut, Sicherungsmaßnahmen installiert und grenzüberschreitende Kooperationen der Sicherheitskräfte vertieft. Gesundheitsämter und Behörden für den Katastrophenschutz werden künftig besser ausgestattet, daran dürfte kein Zweifel bestehen.

Ob es ausreicht, bleibt offen. Der von allen so bewunderte US-Präsident Joe Biden hat die Streitkräfte der noch immer stärksten Macht der Welt Hals über Kopf aus Afghanistan abgezogen – mit katastrophalen Folgen. In der Aufmerksamkeitsökonomie wird aber das Land am Hindukusch wieder an Bedeutung verlieren. Dann kann Biden verkünden, er habe den kostspieligen Ressourcenverlust abgestellt. Das mag zynisch klingen, ist aber aus der Sicht eines Wahlkämpfers konsequent. Biden hätte sich dann etwas von seinem Vorgänger Donald Trump abgeschaut.

WISSENSDRANG

Mitten im blutigen Chaos des Abzugs aus Afghanistan feierte der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel im stillen Grab seinen 251. Geburtstag. Sein Geist, der die Weltgeschichte vernünftig kommentiert, wusste es schon vorher: Das Projekt, das in der guten Absicht der Weltverbesserung begonnen wurde, konnte nur schiefgehen. Wie es die Welt verändern wird, kann aber auch Hegels Geist noch nicht abschließend beurteilen. Sorry. Hegels dialektische Geschichtsphilosophie geht von einer Einsicht der alten Griechen aus: dass es unter den Menschen nichts rein Böses oder rein Gutes gibt, sondern stets eine Mischung. Daher ist das Resultat des Handelns auch nicht vorhersehbar – sicher ist nur, dass es nicht das ist,

Hegel hat es längst gewusst

Mit dem preußischen Philosophen auf das Heute zu blicken, ist erhellend.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

was man wollte. Das erklärten sich die Griechen nicht nur mit der Missgunst der Götter. Das Hauptproblem war die menschliche Hybris: eine Selbstüberschätzung, die einer fatalen Mischung aus Tugendhaftigkeit und Erfolg entspringt und im Desaster endet. Je höher das moralische Selbstwertgefühl und je besser das Gewissen, desto mehr sinkt die Bereitschaft, auf warnende Stimmen zu hören. Ein anderer Mechanismus entspringt den vermeintlichen Sachzwängen, die Menschen dazu bringen, ihren Überzeugungen entgegenzusetzen zu handeln, mitunter ohne es zu merken. Hegel hat das besonders an der Französischen Revolution fasziniert. Sie verwandelte bekanntlich den gegen die Todesstrafe engagierten liberalen Rechtsanwalt Robespierre in eine

Triebfeder des Terrors. Erst fiel ihm der Adel, dann seine Mitstreiter und schließlich er selbst zum Opfer. Neben der tragischen Variante Afghanistan entwickeln sich immer mehr komödiantische Varianten dieser Dialektik. Der Bewegung für weibliche Gleichberechtigung entspringt eine Politik der rigiden Steuerung von Sprache, die das Schreiben für Männer wie Frauen zur Qual macht. Aus der antirassistischen Bewegung und der Kritik am Sexismus entwickelt sich das moralische Gebot, „alte weiße Männer“ zu verachten. Hegel findet das lustig.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.